

ditori, le cui pretese erano contestate, un termine di 3 mesi per far valere le loro ragioni in giudizio, il Tribunale di Mendrisio non ha fatto che ottemperare al disposto dell'art. 310 LEF, il quale sanziona una simile misura nell'interesse del debitore, non dei creditori. L'assegno di questo termine non può avere quindi per conseguenza di prolungare in profitto dei creditori i termini legali di prescrizione, che non possono essere sospesi o interrotti che nei casi specialmente previsti per legge. I termini stessi sono di ordine pubblico, nè spetta quindi al giudice di prolungarli od abbreviarli. Nel caso concreto nulla impediva all'istante di agire in giudizio prima del decorso dei 3 mesi.

3. L'azione della Ditta Barbieri deve quindi ritenersi prescritta in quanto è fondata sopra l'art. 273 LEF, o può avere per base un'obbligazione ex delicto, nè resta quindi ad esaminare che la prima posta della pretesa, derivata dall'inosservanza del contratto. A tale riguardo è da osservare anzitutto che, in materia di responsabilità contrattuale, non può essere questione di danni morali. Il convenuto non è obbligato a risarcire che i danni materiali derivati dall'inosservanza del contratto, sia per perdita diretta, sia per guadagno non realizzato. Ora, questo danno non sembra giustificarsi in una somma maggiore a quella fissata dall'istanza cantonale. Due delle poste precisate nella domanda, vale a dire quelle relative al nolo dei vagoni (24 fr.) ed alle spese di viaggio (50 fr.), vennero eventualmente riconosciute dal convenuto. La posta di 320 fr. per perdita nella rivendita della merce non trova fondamento negli atti, i quali sembrano anzi indicare che se l'attrice non ha realizzato un leggero beneficio, la perdita è stata in ogni caso insignificante. La pretesa di 180 fr. per nolo di due vagoni dal 12 al 21 settembre appare alquanto esagerata, come deve ritenersi esagerata la domanda di 304 fr. 70 per spese di trasporto, che, secondo i calcoli attendibili del convenuto, dovrebbe ridursi a 61 fr. 44. Quanto alle spese per consultazioni e rappresentanze, se l'evaluazione fattane dall'istanza inferiore cantonale in 150 fr. appare in realtà alquanto deficiente,

questa posta non può essere aumentata di un importo maggiore di quello che occorra per raggiungere in complesso la somma di 600 fr., fissata come totalità d'indennizzi dall'istanza superiore.

Per questi motivi,

Il Tribunale federale
pronuncia:

L'appellazione Barbieri è respinta e confermata quindi in tutti i punti la sentenza del Tribunale di Appello del Cantone Ticino.

40. Urteil vom 6. Mai 1905 in Sachen
von Fischer, Befl., W.-Kl. u. Ber.-Kl., gegen Blaser & Cie.,
Kl., W.-Befl. u. Ber.-Befl.

Vertrag über Einräumung des Monopols für den Verkauf eines bestimmten Produktes auf dem Gebiete eines schweizerischen Kantons. Dahinfallen dieses Vertrages durch den Umstand, dass der das Monopol Einräumende seinerseits den Vertrag mit seinem Lieferanten aufgelöst und einen neuen Vertrag mit dessen Rechtsnachfolger eingegangen ist?

A. Durch Urteil vom 16. November 1904 hat der Appellations- und Kassationshof des Kantons Bern (I. Abteilung), erkannt:

1.

2. Der Klägerin ist ihr Rechtsbegehren zugesprochen und es hat ihr der Beklagte demgemäß eine Summe von 2001 Fr. 30 Cts. zu bezahlen, samt Zins davon zu 5 % seit 1. Mai 1903 und 1 Fr. 50 Cts. Betreibungskosten.

3. Der Beklagte ist mit seiner Widerklage abgewiesen.

B. Gegen dieses Urteil in seinen angegebenen Dispositiven hat der Beklagte und Widerkläger rechtzeitig die Berufung an das Bundesgericht erklärt mit den Abänderungsanträgen:

1. Es sei die Klägerin V. Blaser & Cie. mit ihrer auf Be-

zahlung von 2001 Fr. 30 Ets. nebst Zins und Folgen gerichteten Klage abzuweisen.

2. Die Widerklage des E. von Fischer sei zuzusprechen und demgemäß die Firma L. Blaser & Cie. dem E. von Fischer gegenüber zur Bezahlung eines Betrages von 7000 Fr., eventuell von 4000 Fr. nebst Zins zu verurteilen.

C. In der heutigen Verhandlung hat der Vertreter des Beklagten und Widerklägers die gestellten Berufungsbegehren wiederholt; der Vertreter der Klägerin und Widerbeklagten hat auf Abweisung der Berufung und Bestätigung des angefochtenen Urteils angetragen.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1. Zwischen der Klägerin, der Kollektivgesellschaft L. Blaser & Cie., Fangoheilanstalt zur Alerburg in Zürich und dem Beklagten Ed. von Fischer im Eichberg bei Thun kam am 4. Januar 1901 ein Vertrag zustande, aus welchem folgende Bestimmungen hervorzuhelien sind:

„Art. 1. Die Firma L. Blaser & Cie. erklärt, daß ihr durch Vertrag mit Herrn A. Wiget in Battaglia die Generalvertretung für den Fango di Battaglia übertragen worden ist, wonach ihr für die Schweiz das alleinige Recht des Importes und des Verkaufes dieses Fango zusteht.

„Art. 2 Abs. 1. Auf Grund dieses Vertragsrechtes überträgt die Firma L. Blaser & Cie. dem Herrn Ed. von Fischer auf die Dauer vom 1. April 1901 bis 1. April 1911 das Monopol für das alleinige Bezugs- und Verkaufsrecht des Fango für den ganzen Kanton Bern und verpflichtet sich, ihm während dieser Vertragsdauer den Fango ab Zürich zum Preise von 25 Fr. per 100 Kilos in Originalsfässern von 250 bis 300 Kilos in der ihm beliebenden Anzahl Fässern bis zu 30,000 Kilos Maximum zu liefern.

„Art. 3. Gemäß diesem eingeräumten Monopol verpflichtet sich die Firma L. Blaser & Cie., in den Kanton Bern keinen Fango außer an Herrn von Fischer abzugeben, bei einer Konventionalstrafe von je 1000 Fr. pro Fall bei Quantitäten bis 500 Kilos, von je 2000 Fr. bei Quantitäten bis 1000 Kilos und so fort.
„Die Firma L. Blaser & Cie. verpflichtet sich ferner, den übrigen

„Lizenzinhabern der Schweiz die Ausfuhr von Fango nach dem Kanton Bern zu verbieten. Sie verpflichtet sich ferner, wenn der Produzent resp. ein Vertreter im Ausland direkt in den Kanton Bern liefern sollte, ihr Monopol geltend zu machen.
„Art. 4 Abs. 1. Für das eingeräumte Monopol bezahlt Herr von Fischer am 1. April 1901 Fr. 5000 und je am 1. April 1902, 1903, 1904, 1905, 1906 je 2000 Fr., in Summa 15,000 Fr. an die Firma Blaser & Cie.“

Dieser Vertrag wurde unbestrittenermaßen bis in den Monat April 1903 von beiden Kontrahenten erfüllt. Der Beklagte hat insbesondere die Monopolgebühren pro 1901 und 1902 von 5000 Fr. und 2000 Fr. vertragsgemäß bezahlt. Die Bezahlung der auf 1. April 1903 geschuldeten Gebührenquote von 2000 Fr. aber verweigerte er, indem er die zum Zwecke ihrer Erhebung von der Klägerin auf ihn gezogene, am 1. Mai 1903 zahlbare Tratte nicht einlöste, mit der durch Schreiben vom gleichen Tage der Klägerin notifizierten Begründung, die Voraussetzung und Grundlage des vorstehenden, von ihm mit der Klägerin abgeschlossenen Vertrages sei dahingefallen, weil die Klägerin, wie er aus zuverlässiger Quelle vernommen, ihren Vertrag mit A. Wiget aufgelöst habe. Die Klägerin teilte jedoch diese Auffassung des Beklagten nicht und erhob in der Folge die vorliegende Klage. Sie fordert darin Bezahlung von 2001 Fr. 30 Ets. als der streitigen Monopolgebühr nebst Retourspesen der Tratte, mit gesetzlichem Verzugszins seit 1. Mai 1903, sowie 1 Fr. 50 Ets. Betreibungskosten, und macht gegenüber dem erwähnten Einwand des Beklagten wesentlich geltend: Sie, die Klägerin, habe allerdings am 27. April 1903 mit der Fangoexportgesellschaft St. Gallen, der Rechtsnachfolgerin Wigets, eine Übereinkunft abgeschlossen, in deren Eingang erklärt werde, daß der Vertrag mit A. Wiget als aufgehoben gelten solle. Allein diese Übereinkunft ersetze den aufgehobenen Vertrag; denn sie halte die Voraussetzungen der von der Klägerin abgeschlossenen Lizenzverträge aufrecht, da die Exportgesellschaft danach nur an die Lizenzläre der Klägerin Fango di Battaglia liefern dürfe. Die einzige Neuerung bestehe darin, daß die Exportgesellschaft künftig jenen direkt, statt, wie bisher, durch Vermittelung der Klägerin liefere. Folglich

habe die Klägerin dem Beklagten, wie sie ihm bereits mit Brief vom 4. August unter Mitteilung der fraglichen Übereinkunft erklärt habe, nach wie vor in gleicher Weise für ihre vertraglichen Verbindlichkeiten, und könne sich daher auch der Beklagte seinen Verpflichtungen nicht entziehen.

Der Beklagte aber nimmt auch noch im Prozesse den Standpunkt ein, daß die Klägerin wegen Aufgabe ihres eigenen im Vertrage mit ihm erwähnten Monopolrechts nicht mehr in der Lage sei, das ihm vertraglich zugesicherte Monopol zu gewähren und deshalb auch nicht berechtigt sei, seinen Gegenwert, die Monopolgebühr, zu fordern. Er trägt demgemäß auf Abweisung der Klage an. Ferner belangt er die Klägerin widerklageweise auf Rückerstattung der bereits bezahlten Monopolgebühr von 7000 Fr. eventuell von 4000 Fr. derselben samt Zins, mit der Begründung, die ganze bereits bezahlte Gebühr sei mit Rücksicht auf den von der Klägerin verschuldeten, vorzeitigen Wegfall des Monopols, das erst mit den Jahren Wert gewinne, für ihn nutzlos ausgegeben; eventuell sei die Gebühr für die zwei Jahre, während welcher der Klägerin die vertraglich vorausgesetzte Generalvertretung wirklich zugestanden habe, nur pro rata temporis der gesamten Gebühr mit 3000 Fr. zu berechnen, so daß der Beklagte jedenfalls 4000 Fr. zu viel bezahlt habe.

2. Die Argumentation, auf welche gestützt der Beklagte die eingeklagte, ihm laut Vertrag der Parteien vom 4. Januar 1901 obliegende Zahlungsleistung verweigert und die bisher geleisteten vertragsgemäßen Zahlungen zurückfordert: daß der genannte Vertrag dahingefallen sei, weil sich die Klägerin durch die Übereinkunft mit der Fangoexportgesellschaft vom 27. April 1903, d. h. durch die darin vereinbarte Aufhebung des in Art. 1 jenes Vertrages erwähnten Rechtsverhältnisses (des Monopols der Klägerin für Import und Verkauf des Fango di Battaglia in der Schweiz) in die Unmöglichkeit versetzt habe, ihre eigenen vertraglichen Verpflichtungen in Zukunft zu erfüllen, muß mit der Vorinstanz als durchaus unhaltbar bezeichnet werden. Durch den Vertrag vom 4. Januar 1901 hat die Klägerin dem Beklagten auf 10 Jahre das Monopol für Bezug und Verkauf des Fango di Battaglia im Gebiete des Kantons Bern eingeräumt und sich dabei für die

Vertragsdauer verpflichtet: einerseits, dem Beklagten den Fango zu bestimmtem Preise zu liefern (Art. 2), und anderseits — was allein Gegenstand des vorliegenden Streites bildet, wie der Vertreter des Beklagten heute ausdrücklich anerkannt hat — das eingeräumte Monopol in dem Sinne zu garantieren, daß sie selbst bei Konventionalstrafe im Kanton Bern an niemand außer den Kläger Fango abgeben darf, und ferner die Einfuhr von Fango nach dem Kanton Bern ihren übrigen Lizenzinhabern in der Schweiz zu verbieten und gegenüber dem Produzenten und seinen ausländischen Vertretern durch Geltendmachung ihres eigenen Monopolrechts zu verhindern hat (Art. 3). Von diesen Garantieverpflichtungen nun werden diejenigen, welche die Verhinderung von Verletzungen des Monopols des Beklagten seitens der Klägerin selbst und ihrer schweizerischen Lizenzinhaber betreffen, durch die streitige Abänderung des Vertragsverhältnisses zwischen der Klägerin und den Fangoproduzenten, die Ersetzung des Monopolvertrages mit A. Wiget durch die Übereinkunft vom 27. April 1903 mit der Rechtsnachfolgerin jenes, der Fangoexportgesellschaft, selbstverständlich in keiner Weise berührt. Die Sicherung des Beklagten gegenüber Monopolverletzungen seitens des Fangoproduzenten und seiner ausländischen Vertreter aber ist dadurch materiell nicht verändert worden. Denn in der Übereinkunft vom 27. April 1903 — Zeugendeposition des A. Wiget — hat die Fangoexportgesellschaft erklärt, dafür bedacht sein zu wollen, „daß „mit ihrem Wissen und Wollen kein Fango di Battaglia in die „betreffenden Monopolgebiete (sc. der Lizenzinhaber der Klägerin) „geliefert werde.“ Sie hat sich somit der Klägerin gegenüber allgemein zur Respektierung der von dieser eingeräumten Monopole, also speziell auch des Monopols des Beklagten, verpflichtet: folglich kann die Klägerin sie auf Grund der fraglichen Übereinkunft in gleicher Weise, wie bisher auf Grund ihres, der Klägerin, eigenen schweizerischen Monopolrechts wegen Mißachtung des Monopolgebietes des Beklagten zur Verantwortung ziehen. Es entbehrt daher die Behauptung des Beklagten, daß nach der durch die Übereinkunft vom 27. April 1903 geschaffenen Situation seine vertraglichen Ansprüche gegenüber der Klägerin betreffend den Schutz seines Monopols von der Klägerin nicht mehr, wie bisher,

garantit werden können, jeder Begründung. Die Klägerin wird vielmehr nach wie vor gegen Monopolverletzungen, für die sie dem Beklagten verantwortlich ist, in gleicher Weise einzuschreiten in der Lage sein.

3. Besteht nach dem Gesagten der Vertrag der Parteien vom 4. Januar 1901 unverändert zu Recht, so ist in Übereinstimmung mit dem kantonalen Richter die Klage zuzusprechen und die Widerklage des Beklagten abzuweisen.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

Die Berufung des Beklagten wird abgewiesen und damit das Urteil der I. Abteilung des Appellations- und Kassationshofes des Kantons Bern vom 16. November 1904 in seinen angefochtenen Dispositiven bestätigt.

41. Arrêt du 12 mai 1905, dans la cause Lincio, déf. et rec.,
contre Rodde, dem. et int.

Validité d'une cession conclue par une **femme mariée** et concernant ses **biens dotaux**. — Compétence du TF; art. 58, 56, 57 OJF. — Droit de rétention. Art. 224 CO. — Question de **capacité civile** au sens de la loi féd. du 22 juin 1881, art. 10, 13? — Renvoi de la cause au Trib. cant., en vertu de l'art. 83 OJF.

A. — Par contrat de mariage du 3 mai 1875, fait en France, suivant la loi de ce pays, dame Rodde a constitué en dot tous ses biens présents et futurs. L'art. 3 du contrat dispose entre autres: « La future épouse pourra néanmoins, » avec le simple consentement de son mari, vendre, céder, » aliéner et échanger ses biens dotaux. . . . le tout à l'amiable » et sans formalité de justice, mais à la charge de faire emploi en son nom des créances payées et des sommes provenant des prix d'aliénations, transports, etc. . . . » — « L'emploi pourra être fait soit en immeubles de bonne éviction, soit. . . (suit une liste de titres et valeurs) le tout » au choix de la future épouse. Il ne sera valable que tout

» autant qu'il aura été accepté par la future épouse autorisée par son mari. »

« — Ces diverses valeurs seront nominatives et immatriculées au nom de la future épouse. Il sera fait mention sur le titre de la date du présent contrat et du régime adopté par les futurs époux. » — « Les débiteurs, vendeurs, » acquéreurs, tiers détenteurs . . . les compagnies de chemins » de fer ne seront point responsables de l'insuffisance ni de l'irrégularité des emplois, remplois, placements et reconnaissances. Ils seront affranchis de toute responsabilité, » pourvu qu'ils se libèrent dans les conditions ci-dessus entre » les mains de nouveaux emprunteurs ou vendeurs. »

L'art. 4 garantit à dame Rodde la libre disposition des biens paraphernaux qui lui proviendront de la société d'acquêts qu'elle forme avec son mari.

B. — Les deniers dotaux ont été employés à l'acquisition d'obligations des chemins de fer de Paris à Lyon et à la Méditerranée de différentes émissions, converties en titres nominatifs, inscrits conformément au contrat de mariage ci-dessus mentionné; ces obligations font l'objet du présent procès.

C. — Les époux Rodde vinrent s'établir à Begnins (Vaud); le mari y acquit des immeubles. Il y contracta bientôt des dettes et y fut l'objet de poursuites; l'état de ses affaires l'engagea à rentrer en France. Il vendit ses immeubles aux frères Gabriel et Célestin Lincio par acte du 21 novembre 1885. Le même jour, pour rembourser aux dits Gabriel et Célestin Lincio le montant d'une dette qu'ils avaient payée à la décharge du mari Rodde, la demanderesse leur céda ses obligations PLM pour 6250 fr.; le compte final établi le 23 novembre 1885, signé par le mari Rodde et Gabriel Lincio, porte ce chiffre au crédit de Rodde.

L'acte de « cession de titres », notarié Thibaud, du 21 novembre 1885, contient entre autres ce qui suit: « La cédante » reconnaît avoir reçu le montant de ces titres à sa satisfaction et subroge en conséquence les cessionnaires dans » tous ses droits. »

« — Elle s'engage en outre à faire le remploi de cette